

Land*In*Form

4/2014

Auszug

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

dvs@ble.de

www.land-inform.de



^ Aktiv für ein interkulturelles Miteinander - Integrationslotsen im Main-Kinzig-Kreis

Bild: Integrationsbüro Main-Kinzig-Kreis

Integration ist ein Zukunftsthema für ländliche Räume

Sieben ländliche Kommunen nahmen von 2012 bis 2014 am Projekt „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ teil. Ihr Anliegen war es, die Herausforderungen des demografischen Wandels mit Fragen der Integration und der Fachkräftesicherung zu verknüpfen.

Von Gudrun Kirchhoff

In strukturschwachen, ländlichen Kommunen schrumpft und altert die Bevölkerung; gleichzeitig wird die Gesellschaft kulturell vielfältiger. Dies hat nicht nur Folgen für das Zusammenleben, sondern auch für die Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Viele Kommunen haben erkannt, dass für ihre Entwicklung die Erschließung vorhandener Potenziale und die Gewinnung neuer Bewohner entscheidend sind. Eine Möglichkeit ist, interkul-

turelle Öffnung und Willkommenskultur als kommunale Aufgabe zu verankern und mit anderen wichtigen Zukunftsaufgaben zu verknüpfen.

Forschungs-Praxis-Projekt

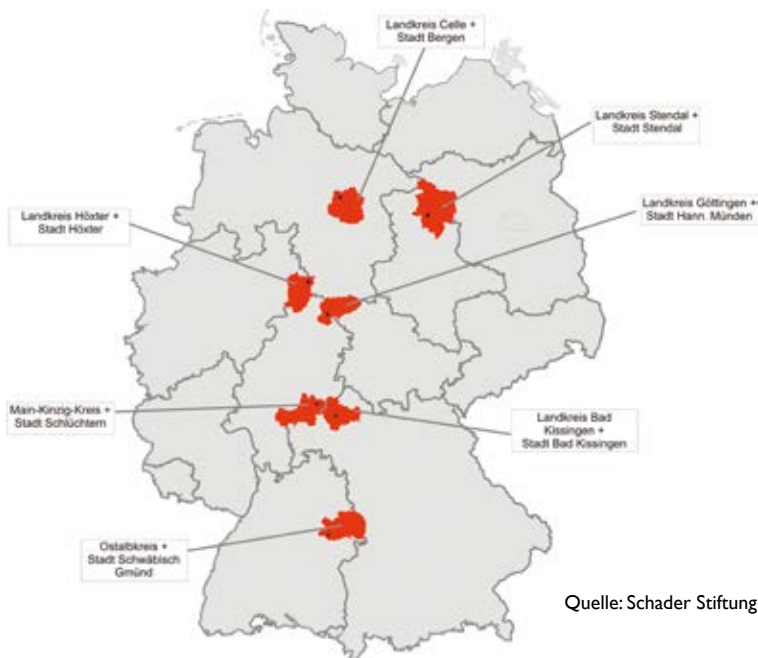
Vor diesem Hintergrund führte die Schader-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund das dreijährige Projekt „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ durch. Beteiligt waren bundesweit sieben Städte mit ihren Landkreisen, die exemplarisch unterschiedliche Ausprägungen strukturschwacher ländlicher Kommunen repräsentierten. Ziel war es, die Teilhabechancen der in den Kommunen lebenden Zuwanderer zu verbessern und ihre Potenziale für kommunale Entwicklungsprozesse zu aktivieren. Darüber hinaus sollte die Attraktivität der Kommunen für weitere Zuwanderer erhöht werden. Dazu galt es, die kommunale Integrationspolitik strategisch neu auszurichten.

Umdenken und klare Ziele definieren

Damit die interkulturelle Öffnung langfristig in der Verwaltung verankert werden kann, muss ein Paradigmenwandel in der Integrationspolitik erfolgen: Die Chancen der Zuwanderung für die Entwicklung des Gemeinwesens müssen in den Blick genommen, die Potenziale der Zuwanderer erkannt und wertgeschätzt werden. Bei der Identifizie-

Projektbeteiligte

Forschung und Beratung haben das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und die imap GmbH Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung durchgeführt. Mithilfe einer Potenzialanalyse auf Basis umfangreicher empirischer Erhebungen sowie anschließenden Weiterbildungsangeboten hat das Projekt interkulturelle Öffnungsprozesse in den Kommunen eingeleitet und Denkanstöße für den Aufbau einer Anerkennungs- und Willkommenskultur gegeben. Ergänzend zu der Arbeit vor Ort organisierte die Schader-Stiftung Netzwerkseminare und Fachtagungen. Ein Projektbeirat begleitete das Projekt aus fachlicher Perspektive und sicherte durch kontinuierliche Rückkopplung die Qualität der einzelnen Projektschritte. Das Projekt wurde finanziert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration sowie über Eigenmittel der Stiftung.



Quelle: Schader Stiftung

rung und Erschließung vorhandener Potenziale können Schlüsselpersonen hilfreich sein, die Verbindungen zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen, Milieus und Generationen herstellen.

Interkulturelle Öffnung ist als ein ganzheitlicher Veränderungsprozess der Verwaltungsstrukturen zu verstehen. Im Sinne einer sozialen Öffnung und Teilhabegerechtigkeit müssen die verantwortlichen Führungsebenen die strategische Ausrichtung sowie klare Ziele für die zukünftige Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik definieren und tragen. Das im Rahmen des Projektes angebotene Seminar- und Coachingverfahren (siehe auch Infokasten) verfolgte deshalb einen Top-down-Ansatz. In Auftaktworkshops wurden Vertreter der Führungsebene für das Thema sensibilisiert und anschließend strategische Ziele vereinbart. Trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Projektkommunen sind die entwickelten Ziele vergleichbar: die Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort stärken, die Bevölkerungszahl stabilisieren, Fachkräfte sichern und eine Willkommenskultur schaffen, um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben.

Maßnahmen erarbeiten und Prozess verstetigen

Im Anschluss an die Zieldefinition erarbeiteten Mitarbeiter ausgewählter Pilotabteilungen in mehrtägigen Workshops konkrete Maßnahmen – überwiegend für Bereiche mit Kundenkontakt, wie beim Sozialamt oder dem Ordnungsamt. Im Vordergrund standen Maßnahmen, die die Sprachbarrieren überwinden helfen, wie mehrsprachige Hinweisschilder in der Verwaltung und mehrsprachige Informationen in Broschüren oder Internetangeboten. Als weiteres Handlungsfeld wurde das Personalmarketing bearbeitet: Beispielsweise soll bei Stellenausschreibungen zukünftig die interkulturelle Kompetenz in die Anforderungsprofile einbezogen werden.

Integration nachhaltig als Entwicklungschance in den Verwaltungen zu verankern, ist letztlich wieder eine Aufgabe für die Führungsebene: Sie muss den Prozess weiter vorantreiben, Ressourcen dafür bereitstellen und die Akzeptanz bei den Mitarbeitern fördern. Damit die interkulturelle Öffnung kommunaler Alltag wird, sollte sie Teil einer integrierten Entwicklungsstrategie zur Attraktivitätssteigerung der Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort werden. Strategisch ausgerichtete Abteilungen, wie die Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung, sollten in diesen Prozess eingebunden werden.

Willkommens- und Anerkennungskultur leben

Toleranz und Respekt gegenüber Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln zu schaffen, sind Anliegen einer Willkommens- und Anerkennungskultur, die in engem Zusammenhang mit der interkulturellen Öffnung steht. Fast alle beteiligten Kommunen setzen bereits Elemente einer Willkommens- und Anerkennungskultur um oder entwickelten diese im Laufe des Projektes. Das Spektrum reicht von

Neubürgerempfangen beim Bürgermeister über mehrsprachige Info-Flyer und Willkommensmappen für Neubürger bis zu von den Kommunen selbst organisierten Sprach- und Förderkursen und kommunal eingesetzten, ehrenamtlichen Integrationslotsen und Paten. Eine zentrale Servicestelle aufzubauen, ziehen aufgrund der dafür benötigten Ressourcen nur die größeren Kommunen in Erwägung – beispielsweise Schwäbisch Gmünd, das ein Welcome Center plant. Für gelebte Willkommenskultur könnte es außerdem wichtig sein, die interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde zu fördern und deren Selbstverständnis dahingehend zu entwickeln, sich als Dienstleister und Servicestelle zu sehen, denn sie ist die erste Anlaufstelle für Zuwanderer und damit erster Zugang zum Aufnahmeland.

Strategische Verankerung steht noch aus

Etwas größere Mittelstädte und die Landkreise haben häufig bereits Strukturen einer strategisch ausgerichteten Integrationsarbeit auf Basis eines integrationspolitischen Konzeptes etabliert. In vielen Projektkommunen steht allerdings eine strukturelle Verankerung der Themen Integration, Zuwanderung und interkulturelle Öffnung als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung noch aus. Hindernisse sind dabei zum einen geringe finanzielle und personelle Ressourcen – die Größe der Kommune und damit auch die Ressourcenausstattung ihrer Verwaltung hat grundsätzlich entscheidenden Einfluss auf die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. Zum anderen braucht es Zeit, die Bedeutung des Themas und die Tatsache, dass Integration viele Verwaltungsbereiche tangiert, zu vermitteln – und Verantwortliche, die den Prozess konsequent verfolgen und aktiv gestalten. Auch in hoch motivierten Projektkommunen zeigte sich, dass für strukturelle Veränderungen erst neue Kommunikationsstrukturen aufgebaut werden müssen. Einige Länder unterstützen den Aufbau integrationspolitischer Strukturen und die interkulturelle Öffnung – beispielsweise das Land Hessen mit dem Förderprogramm „VIR“ und Nordrhein-Westfalen mit dem neuen Integrations- und Teilhabegesetz.

Integration durch Ausbildung in Hannoversch Münden

Bild: © Julia Bytom - Stadt Hann. Münden, Pressestelle



Zum Weiterlesen:

Die Ergebnisse des Projektes sind in der Publikation „Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen – Ein Handbuch für Kommunen“ veröffentlicht, die kostenlos bei der Schader-Stiftung bestellt werden kann.

Mehr Informationen:

Gudrun Kirchhoff
Schader-Stiftung
Telefon: 06151 1759-14
E-Mail: kirchhoff@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de
www.integrationspotenziale.de